10.Dezember 1996 ai-Index: AMR 02/01/96

amnesty international

ZENTRALAMERIKA UND MEXIKO:

MENSCHENRECHTLER UND MENSCHENRECHTLERINNEN AN DER FRONT

Auszug: EL SALVADOR

Übersetzung: amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 7123
71317 Waiblingen

Verbindlich ist das englische Original: Central America and Mexico: Human rights defenders on the front line. ai-Index: AMR 02/01/96. 10.Dezember 1996

El Salvador: 'Blindheit des Gewissens'

"Es zeigt nichts anderes als eine Blindheit des Gewissens, wenn diejenigen bedroht werden, die Teil von bürgerlichen Organisationen in der Gesellschaft und Menschenrechtsaktivisten sind und sich um die Probleme derjenigen kümmern, die Gerechtigkeit in diesem Land am bittersten nötig haben. Es erlaubt nicht zu sehen, wie sehr wir in diesem Land die Beachtung der Menschenrechte als Grundlage für Rechtstaatlichkeit und Frieden brauchen."
Oficina de Tutela Legal del Arzobispado (Rechtshilfebüro des Erzbistums), 28.Juni 1996

Während der 80er und frühen 90er Jahre wütete in El Salvador zwischen Regierungstruppen und der bewaffneten Opposition Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional - FMLN) ein heftiger Bürgerkrieg. Mitglieder aller gesellschaftlichen Schichten, die verdächtigt wurden, Gegner der Regierung zu sein, wurden Opfer von Menschenrechtsverletzungen wie willkürlichen Verhaftungen, Folter, "Verschwindenlassen" und außergerichtlichen Hinrichtungen. Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler zahlten einen hohen Preis für ihre legitimen Aktivitäten, mit denen sie übergriffe der Regierung während des Krieges aufdeckten. Darüberhinaus sind die für diese Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen für ihre scheußlichen Verbrechen nicht bestraft worden.

Einer der bekanntesten Märtyrer für die Sache der Menschenrechte ist Monsignore Oscar Arnulfo Romero y Galdámez, Erzbischof von San Salvador. Er wurde am 24.März 1980 in der Kapelle des Krankenhauses Göttliche Vorsehung in San Salvador ermordet, während er eine Messe hielt. Er war ein ausgesprochener Kritiker von Menschenrechtsverletzungen und ein führender Menschenrechtler geworden. Im März 1980 schrieb er an den damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Jimmy Carter, und bat die USA darum, El Salvador keine Militärhilfe zur Verfügung zu stellen, die für Menschenrechtsverletzungen benutzt werden könnte. Kurze Zeit später wurde er ermordet.

Der Mord an Erzbischof Romero wurde von der Wahrheitskommission für El Salvador untersucht, die aufgrund der Friedensvereinbarungen zwischen der Regierung und der FMLN 1992 eingerichtet worden war. Der Bericht der Kommission von 1993 zieht folgende Schlüsse:

"1. Es ist vollständig bewiesen, daß
(a) der frühere Major Roberto D'Aubuisson den Befehl zur Ermordung des Erzbischofes gab und daß er den Mitgliedern seines Sicherheitsdienstes, die als "Todesschwadron" handelten, genaue Anweisungen gab, wie der Mord zu organisieren und zu überwachen sei."
und

"4. Es ist vollständig bewiesen, daß der Oberste Gerichtshof eine aktive Rolle dabei spielte, die Auslieferung des früheren Kapitän Saravia (der zusammen mit anderen aktiv in die Planung und Ausführung des Mordes verwickelt war) aus den Vereinigten Staaten und seine anschließende Haft in El Salvador zu verhindern. Indem er so handelte, stellte er unter anderem die Straflosigkeit für diejenigen sicher, die den Mord planten."

Niemand wurde für den Mord an Erzbischof Romero vor Gericht gestellt.

Nach Verhandlungen, die von den Vereinten Nationen vermittelt wurden, unterzeichneten im Januar 1992 die Regierung und die FMLN in Mexico City eine endgültige Friedensvereinbarung. Am 15.Dezember 1992 wurde der bewaffnete Konflikt formal beendet. Dennoch sind Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler bis heute für ihre Bemühungen zum Schutz und zur Förderung grundlegender Rechte und Freiheiten Ziele von Angriffen, wenn auch in geringerem Ausmaß.

Marianella García Villas, Präsidentin der CDHES, wurde im März 1983 von Mitgliedern der Streitkräfte ermordet.

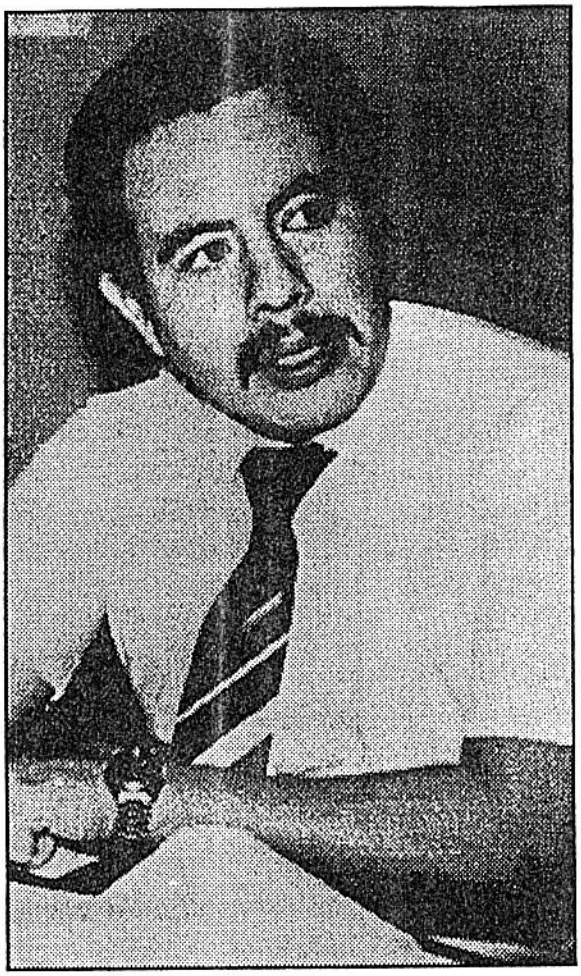
CDHES als Angriffsziel

Die Menschenrechtskommission von El Salvador (Comisión de Derechos Humanos de El Salvador - CDHES) ist Teil des Erbes, das Erzbischof Romero hinterlassen hat, da er dazu beitrug, sie zu gründen. Die CDHES wurde am 1.April 1978 von einer Gruppe von Universitätsstudentinnen und -studenten, Akademikerinnen und Akademikern mit dem Ziel gegründet, die Beachtung der Menschenrechte zu fördern und zu verteidigen. Seitdem war sie Angriffsziel der Repression und hat für ihre Bemühungen teuer bezahlt. Mehrere ihrer Mitglieder wurden aufgrund ihrer Mitgliedschaft und ihrer Arbeit zugunsten von Opfern von Menschenrechtsverletzungen ermordet oder "verschwindenlassen":

María Magdalena Henríquez, Pressekoordinatorin der CDHES, wurde am 3.Oktober 1980 in der Hauptstadt San Salvador von Polizisten in Zivilkleidung entführt. Ihre Leiche wurde einige Tage später in einem flachen Grab außerhalb der Hauptstadt gefunden. Sie hatte sich besonders darin engagiert, Habeas Corpus Anträge zugunsten "Verschwundener" einzureichen. Ramón Valladares, Leiter der CDHES, wurde am 25.Oktober 1980 von unbekannten Männern ermordet.

Am 14.März 1983 wurde die CDHES-Präsidentin Marianella García Villas von Mitgliedern der Streitkräfte getötet. Es gab unterschiedliche Versionen über die Ereignisse, die zu ihrem Tod führten. Sie reichten von Behauptungen, daß sie unter den Opfern eines Massakers gewesen sei, das die Schnelle Eingreiftruppe Bataillon "Atlacatl" in La Bermuda, Department Cuscatlán, angerichtet hatte, über Vermutungen, daß sie ermordet worden sei, nachdem sie mehrere Stunden lang vom Militär gefoltert worden sei, bis zur Regierungsversion, daß sie bei einer Auseinandersetzung mit der Armee getötet worden sei. Marianella García Villas war bereits vorher von den Behörden inhaftiert worden und hatte El Salvador Ende 1981 verlassen, nachdem ihr Name zwei Mal in Listen von "Verrätern" aufgetaucht war. Eine der Listen war vom Pressekomitee der Streitkräfte veröffentlicht und eine andere von der Brigade Maximiliano Hernández, einer rechtsextremen paramilitärischen Gruppe, herausgegeben worden. Solche Listen wirkten als offizielle Billigung für Gruppen, die außergerichtliche Hinrichtungen durchführten. Marianella García Villas war nach El Salvador zurückgekehrt, um Berichte über wahllose Bombardierungen von unbewaffneten Zivilisten und die Anwendung von chemischen Waffen gegen die Zivilbevölkerung zu untersuchen.

Major Roberto D'Aubuisson, der 1981 die rechtsextreme Nationalistische Republikanische Allianz (Alianza Republicana Nacionalista - ARENA) 1981 gründete, hatte Marianella García Villas öffentlich als "Comandante Lucía" bezeichnet. Die Regierung stellte sie als Guerilla-Kämpferin dar, die Bauern terrorisiert habe, als sie getötet wurde. Trotz nationaler und internationaler Forderungen nach einer gründlichen und unabhängigen Untersuchung ihres Todes wurden die Verantwortlichen nie zur Rechenschaft gezogen.



Herbert Ernesto Anaya Sanabria war Koordinator der CDHES, als er am 26.Oktober 1987 von Männern in Zivilkleidung ermordet wurde.

Herbert Ernesto Anaya Sanabria war Koordinator der CDHES, als er am 26.Oktober 1987 ermordet wurde. Er wurde von Männern in Zivilkleidung erschossen; vorher war er wiederholt Einschüchterungen und Drohungen ausgesetzt gewesen, die sich gegen ihn und andere unabhängige Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler in El Salvador richteten. Im Februar 1987 war er der Kollaboration mit der bewaffneten Opposition angeklagt und freigesprochen worden.

Die Wahrheitskommission, die in den Friedensvereinbarungen das Mandat erhalten hat, "besonders wichtige Gewalthandlungen" zu untersuchen, die von Regierungs- oder FMLN-Kräften seit 1980 begangen worden waren, stellte fest, daß die Behörden es unterlassen haben, die Menschenrechte entsprechend der internationalen Verpflichtungen zu schützen, den Mord an Herbert Anaya gründlich zu untersuchen und die Verantwortlichen für seinen Tod vor Gericht zu stellen.

Angriffe auf andere Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler

Selbst nachdem das Ende des Bürgerkrieges in El Salvador eine Abnahme der Anzahl von Menschenrechtsverletzungen mit sich brachte, waren Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler weiterhin Ziele von Drohungen, Angriffen oder Einschüchterungen. Am 19.Mai 1994 wurde in die Büros eingebrochen, die sich die salvadorianische Frauenbewegung (MSM) und das Menschenrechtszentrum Madeleine Lagadec teilten. Am folgenden Tag wurde Alexander Rodas Abarca von unbekannten Schützen ermordet, als er die Büros bewachte. Er war Reservemitglied der Nationalpolizei und Mitglied der Sicherheitsgruppe für die Revolutionäre Partei Zentralamerikanischer Arbeiter (PRTC), einer Untergruppe der FMLN, die nach den Bestimmungen des Friedensabkommens von 1992 eine politische Partei geworden war. Die Direktoren der beiden Organisationen schließen Raub als Motiv für den Einbruch aus, da keine Wertgegenstände mitgenommen worden waren. Sie berichteten aber, daß die Angestellten des Büros Personen und Fahrzeuge gesehen hatten, die bereits einige Tage vor dem Vorfall das Grundstück beobachtet hatten.

Dr. Francisco Carrillo, Direktor der Nicht-Regierungs-Organisation FUNDASIDA, und andere Mitglieder der Organisation wurden Opfer von Todesdrohungen. Ihr Büro wurde im Juni 1995 überfallen. FUNDASIDA setzt sich für AIDS-infizierte Menschen ein. Die drei an den Drohungen beteiligten Männer hatten behauptet, sie suchten Dr.Carrillo (der zu diesem Zeitpunkt nicht im Büro war). Sie hinterließen die Nachricht bei den Angestellten, daß "er uns noch etwas schuldet und wir ihn töten werden". Berichten zufolge hat die Telefonistin zwei Tage später einen anonymen Anruf erhalten, in dem sie vom Anrufer gefragt wurde: "Willst du sterben? ... dann bereite dich vor, heute um 15 Uhr".

Am 6.Juli 1995 erfuhr amnesty international, daß die Homosexuellen-Organisation Unter Freunden drei telefonische Todesdrohungen von einer "Todesschwadron" erhalten hat, wonach sie zu ihrem nächsten Treffen kommen und jeden töten würde. Im Oktober und November 1994 hatte Wilfredo Valencia Palacios, stellvertretender Direktor des Oscar-Romero-AIDS-Projektes, auf der Straße von unbekannten bewaffneten Männern Todesdrohungen erhalten, von denen man annahm, daß sie zu einer "Todesschwadron" gehörten.

Anfang Oktober 1995 wurden Lic. Benjamin Cuéllar Martínez, Direktor des Menschenrechtsinstitutes der Zentralamerikanischen Universität (IDHUCA), und Lic. Luis Romero García Alemán, Direktor der CDHES, von unbekannten Männern angegriffen. Sie hatten gerade an einer Veranstaltung zum Gedenken an die Ermordung von sechs Jesuiten, ihrer Köchin und deren Tochter im November 1989 teilgenommen. Berichten zufolge drangen die Bewaffneten in das Gebäude von IDHUCA ein und zwangen die beiden Männer, zum Büro des Direktors zu gehen. Dort unterbrachen sie die Telefon- und Computerleitungen und durchsuchten das Büro, während sie ständig die beiden geknebelten Opfer bedrohten. Sie flohen, als andere Menschen im Gebäude Alarm auslösten.

Am 17.Februar 1996 überfielen Unbekannte das Grundstück des Komitees der Verwandten von Opfern von Menschenrechtsverletzungen in El Salvador (CODEFAM). Wertgegenstände wurden nicht mitgenommen.

CODEFAM wurde 1981 gegründet, um die Menschenrechte zu verteidigen, den Opfern und ihren Familien rechtliche und soziale Hilfestellung zu geben und für die Freilassung von politischen Gefangenen und "Verschwundenen" zu arbeiten. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens 1992 hat CODEFAM darüberhinaus für die Förderung und Verteidigung von bürgerlichen, ökonomischen, sozialen und politischen Rechten gearbeitet.

Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler erscheinen in El Salvador auch weiterhin auf "Todeslisten". Am 26.Juni 1996 trat eine Gruppe in Erscheinung, die sich selbst Nationalistische Kraft Roberto d'Aubuisson (FURODA) nannte. In ihrer ersten öffentlichen Mitteilung äußerte FURODA Drohungen gegen 15 Menschen. Zu den auf der Liste Genannten gehörten: Monsignore Gregorio Rosa Chávez, Weihbischof von San Salvador; Medardo Gómez, Lutherischer Bischof, und Dra. Victoria Marina Velásquez de Avilés, Menschenrechtsbeauftragte der Regierung. Sie haben sich mit der Menschenrechtsarbeit befaßt und öffentlich ihr Eintreten für die Menschenrechte und Demokratie deutlich gemacht.

Die Mitteilung nannte sie "Würmer" und drohte: "Eure Tage sind gezählt". Die Drohungen von FURODA besagen unter anderem: "Wir wollen Euch sagen, daß wir jetzt die Bedingungen vorbereitet haben, um auf exemplarische Weise alle diejenigen zu bestrafen, die versuchen, den Demokratieprozeß in El Salvador verkümmern zu lassen. Daher werden [die oben Genannten] jetzt als Angriffsziele für FURODA betrachtet." Die Mitteilung fährt fort, daß [die Aufgelisteten] "eine gerechte Bezahlung für die Verteidigung von Terroristen erhalten werden, die von der Universität von El Salvador aus weiterhin bezwecken, El Salvador zu destabilisieren."

Monignore Rosa Chávez hatte bereits am 10.Juni 1994 solche Drohungen von einem Anrufer erhalten, der sich selbst als Mitglied des "Kommando Domingo Monterrosa" (genannt nach einem Militäroffizier, der in den 80er Jahren getötet worden war) bezeichnete.

amnesty international ist beunruhigt darüber, daß die Behörden wirksame Maßnahmen gegen die sogenannten "Todesschwadronen" (die zahlreiche Angriffe unter anderem gegen Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler begangen haben) und gegen

jegliche anderen Gruppierungen oder Personen unterlassen, die Berichten zufolge weiterhin die Menschenrechte verletzen. Für eine Entwicklung hin zu einer echten Demokratie und zur Beachtung der Menschenrechte, wie sie im Friedensabkommen und den Berichten der Wahrheitskommission und der Gemeinsamen Gruppe (Grupo Conjunto, die gebildet worden war, um die "Todesschwadronen" zu untersuchen) dargelegt sind, muß die Regierung zeigen, daß sie den politischen Willen und die institutionelle Fähigkeit hat, ihre Versprechen zu erfüllen. Die Alternative wäre ein Zurückschlittern in die Praktiken der weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit.